

An den
Fraktionsvorsitzenden der CSU im Bayerischen Landtag
Herrn Thomas Kreuzer
An die Damen und Herren Abgeordneten der CSU
Maximilianeum
81627 München

27. Januar 2014

Bezug: Schreiben der bayerischen Windkraftlobby vom 14. Januar 2014

Sehr geehrter Herr Kreuzer,
sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete,

die bayerische Staatsregierung beschloss am 13. Januar eine neue Prioritätensetzung bei der Energiewende. Sie gab damit Menschen in ganz Deutschland Hoffnung, dass die ökologische und ökonomische Vernunft obsiegen und die Energiepolitik sich stärker an den Interessen von Mensch und Natur orientieren wird.

Bundesweit engagieren sich gegenwärtig ca. 900 Bürgerinitiativen gegen Windkraft. Als mandatierter Vertreter von über 400 dieser Initiativen mit insgesamt weit über 200.000 Mitgliedern und Unterstützern begrüße ich diesen Schritt ausdrücklich und bitte Sie eindringlich, auch in Berlin für Veränderungen einzutreten und anderen Bundesländern damit ein Vorbild zu sein.

Als Reaktion auf Ihre genannten Beschlüsse sandten Ihnen die Verbände und Vereinigungen „Rückenwind Bayern“, „Bundesverband Windenergie“, „Stiftung Energiewende Oberland“ sowie der „BUND Naturschutz in Bayern“ einen geharnischten Protestbrief.

Innerhalb eines demokratisch offenen Diskurses ist dies gewiss ein legitimes Mittel der Meinungsäußerung. Auch wenn die Mitwirkung des BUND, den ich 1975 selbst mitbegründete und dem ich in den ersten Jahren als Vorstandsmitglied und als Sprecher des wissenschaftlichen Beirats angehörte, mich persönlich tief befremdet und enttäuscht.

Leider enthält das Schreiben zudem so gravierende Unwahrheiten, Diffamierungen und Verzerrungen, dass ich mich als Sprecher der Bundesinitiative VERNUNFTKRAFT genötigt sehe, wenigstens einige zentrale Punkte richtig zu stellen.

So äußern die Autoren in ihrem Eröffnungs-Statement:

„....erleben wir seit rund einem halben Jahr, wie eine Minderheit von Windkraftwidersachern, Atomkraftbefürwortern und Klimaschutzgegnern dafür sorgt, dass die bayerische Staatsregierung an einem wesentlichen Standbein des Atomausstiegs sägt, nämlich an der Nutzung der Windenergie in Bayern.“

Dieser Diffamierung muss energisch widersprochen werden. Zahlreiche der von uns vertretenen Bürgerinitiativen bzw. ihre Mitglieder engagierten sich in den letzten Jahrzehnten leidenschaftlich für den Klimaschutz und gegen die Atomkraft. Wir begreifen uns deshalb auch nicht pauschal als „Windkraftwidersacher“, sondern sehen unser Engagement gegen die Errichtung weiterer Windkraftanlagen – zumal an ökologisch, landschaftlich und kulturell sensiblen Standorten – als Teil unseres umfassend umweltschützerischen Engagements.

Auch das nächstfolgende Argument bedarf der Richtigstellung:

*„...dies stellt die bisherige Ausrichtung Bayerns vollkommen auf den Kopf, nämlich - die Stromversorgung möglichst dezentral aus eigenen erneuerbaren Quellen zu speisen, damit teure und gigantische Hochspannungstrassen von Nord nach Süd zu vermeiden, regionale Wertschöpfung und Arbeitsplätze zuerst im eigenen Land und nicht anderswo zu generieren und so ein nachhaltiges, sicheres und bezahlbares Energiesystem aufzubauen. (...)
Bis zu 1.500 neue Anlagen wären nötig, um wie geplant 10 Prozent des bayerischen Stroms bis 2021 aus Wind zu gewinnen. Jetzt wird man mit nicht einmal 600 insgesamt realisierten Anlagen bei einem Bruchteil davon stecken bleiben – und damit weiterhin zu den Schlusslichtern in Deutschland gehören.“*

Dazu ist anzumerken: Eine sichere Versorgung mit Strom kann durch Windkraft so oder so nicht erreicht werden. Bayerische Windkraftanlagen kamen im Jahr 2012 auf 1.300 Volllaststunden. Ihre tatsächliche Leistung betrug damit 14% der installierten Nennleistung. Die restlichen 86% mussten in Form konventioneller Kraftwerke vorgehalten werden.

Einzig bei großen, zufälligen Leistungsspitzen in Sturmweatherlagen wurde das Stromnetz schon heute an die Grenze seiner Stabilität getrieben und überflutete die Netze unserer Nachbarländer. Denn es gibt gegenwärtig noch keine Technik, um derartige Strommengen in industriellem Maßstab zu speichern.

In der Alltagspraxis hingegen sind die Windstrom produzierenden Stahlriesen nur Energiezwerge. Wollte man in Bayern jährlich 9.000 GWh, also 10% des gesamten bayerischen Stromverbrauchs, durch Windkraftanlagen mit einem durchschnittlichen Stromertrag von 5,4 GWh bereitstellen, wären dafür rund 1700 Windräder der sogenannten 3MW Klasse erforderlich. Würde diese Zahl von Windrädern gleichmäßig über Bayern verteilt, betrüge der mittlere Abstand von Windrad zu Windrad annähernd 7 km. Berücksichtigt man zudem, dass innerhalb geschlossener Ortschaften keine Anlagen gebaut werden können, wäre Bayern damit flächendeckend „verspargelt“ und weitgehend unbewohnbar.

Das Betreiben von Windparks kann deshalb nicht als zuverlässige Wertschöpfung, sondern allenfalls als skrupellose Subventionsabschöpfung bezeichnet werden. Der Windkraftausbau reduziert im Gegenteil die Versorgungssicherheit, erhöht die Stromkosten und geht zu Lasten der Umwelt. Muss dafür auch noch kostbarer Bergwald geopfert werden, wird das Widersinnige des Projekts „Windkraft als ökologische Alternative“ gänzlich offenkundig.

Überdies bleibt der pekuniäre Nutzen selbst für Investoren und Anleger fraglich. Die seit langem befürchtete „Prokon“-Insolvenz ist dabei nur die Spitze des Eisbergs. Nach einer vom „Bundesverband WindEnergie e.V.“ in Auftrag gegebenen offiziellen Langzeitstudie erhielten Anleger im Zeitraum 2002 bis 2011 im Durchschnitt Ausschüttungen von 2,5 %. Bei einem Fünftel der untersuchten Windparks lag die Rendite sogar unter 2 %. Inflationsbereinigt ergab dies ein klares Minus. Berücksichtigt man noch den im Verhältnis der Windgeschwindigkeit überproportionalen Rückgang des Ertrages von Nord nach Süd (bei einer Halbierung der Windstärke sinkt der Stromertrag auf 1/8) ist die Diagnose für WKAs im Schwachwindland Bayern eindeutig. Windkraftanlagen werden sich - "ideologiekorrekt" - aus rein physikalisch-technischen Gründen nicht rechnen.

Ebenso widersinnig erscheint mithin die unter dem Motto „Wind oder Kohle und Atom – Staatsregierung muss sich entscheiden“ vorgebrachte These:

„Der Energieexperte Prof. Sigismund Kobe hat darauf hingewiesen, dass bei Nichterreichen der Zielwerte für Windstrom eine Kompensation durch andere erneuerbare Energien in Deutschland „nicht möglich sein wird“ (Energiewirtschaftliche Tagesfragen, 12/2013). Das bedeutet umgekehrt aber nichts anderes, als dass Bayern mit dem jetzt eingeschlagenen Gegenwind-Kurs, eine Verlängerung der Atomlaufzeit und einen verstärkten Einsatz des Klimakillers Kohle wenn nicht bewusst befördert, so doch billigend in Kauf nimmt.

Diese Alternative stellt sich nicht. Wind kann aus den bereits genannten Gründen weder Atom noch Kohle ersetzen. Professor Sigismund Kobe, Emeritus der TU Dresden und nach 40 Jahren Lehr- und Forschungstätigkeit im Bereich der Optimierung dynamischer Systeme, verwarf deshalb auch energisch gegen die oben genannte Fehlinterpretation und gegen den Versuch der Vereinnahmung durch die Windkraftbefürworter. Seine Klarstellung liegt Ihnen vor.

Geradezu grotesk erscheint deshalb die Behauptung:

„Eine Windkraftanlage erspart uns somit jährlich gut 5000 Tonnen CO2!“

Windkraftanlagen in Bayern ersparen derzeit kein einziges Gramm CO₂. Bayerische Wälder hingegen absorbieren rund 10 Tonnen CO₂ pro Jahr und Hektar. Würden die Wünsche der Windkraft-Lobby hingegen umgesetzt, müssten großflächig Wälder vernichtet werden: Pro Windkraftanlage mindestens 1 Hektar.

„Schon in den vergangenen Monaten hat der abrupte Kurswechsel in Bayern allen am Ausbau der Windkraft Beteiligten einen enormen Einbruch und massiven Schaden beschert.“

Wie die FAZ am 9. Januar berichtete, wurde im Jahr 2013 die Stromproduktion aus sogenannten erneuerbaren Energien gegenüber den Betreibern der Anlagen mit fast 22 Milliarden Euro vergütet. Dieser Strom wurde am Markt zum Preis von 2 Milliarden Euro verkauft. Der volkswirtschaftliche Schaden, den die Stromkunden als sogenannte EEG-Umlage zu tragen haben, beziffert sich für 2013 somit auf knapp 20 Milliarden Euro.

Mit der garantierten Einspeisevergütung und der Verpflichtung der Netzbetreiber zur Abnahme der produzierten Strommengen schuf der Gesetzgeber ein wirtschaftliches de-facto-Monopol der sogenannten erneuerbaren Energien, weil sich kein Wind- oder Solarkraftwerk dem Wettbewerb oder der Nachfrage anpassen musste. Dass hier in der neuen Bundesregierung ein Prozess des Umdenkens einsetzt, ist mit Dankbarkeit zu begrüßen.

Im Namen hunderttausender Bürger bitte ich Sie deshalb, Ihren angesichts aktueller Erkenntnisse korrigierten Kurs entschlossen beizubehalten und auch in Berlin das bayerische Gewicht für die Vernunft in die Waagschale zu werfen.

Die Fachleute der Bundesinitiative VERNUNFTKRAFT unterstützen Sie dabei gerne mit wissenschaftlichem Rat. Auch die Bürgerinitiativen des ganzen Landes stehen mit Herz und Verstand hinter Ihnen.

Mensch und Natur werden es Ihnen danken.

Sehr geehrter Herr Kreuzer,
sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete der CSU-Fraktion im bayerischen Landtag,
gestatten Sie mir bitte noch eine ganz persönliche Bemerkung:
Die Verlautbarung der Bayerischen Staatsregierung

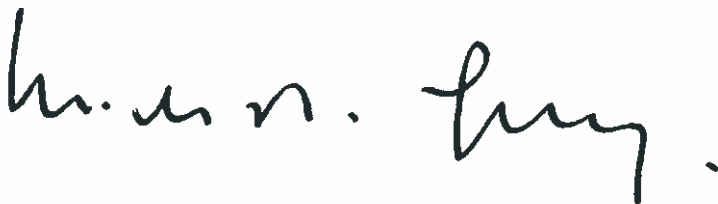
**"Das über Jahrhunderte gewachsene typische bayerische Landschaftsbild
wollen wir nicht auf dem Altar des energetischen Förderwesens opfern"**

hat mich zutiefst bewegt und einerseits mit Hoffnung erfüllt. Entspricht doch diese Aussage einem wesentlichen Teil der ursprünglichen Philosophie aufrechter bayerischer und bundesdeutscher Natur- und Umweltschützer. Andererseits erfüllt es mich mit Scham, dass ausgerechnet die Führung der einmal bedeutendsten bayerischen und bundesdeutschen Natur- und Umweltschutzorganisation dieser Grundwerte Haltung verlustig gegangen ist.

Lassen Sie sich nicht beirren!

Mit herzlichem Dank für Ihre Geduld und allen nur erdenklichen Wünschen für eine glückliche Hand bei allen Ihren Aufgaben und Verantwortungen verbleibe ich

Ihr sehr ergebener



Enoch Freiherr zu Guttenberg

Abschrift an alle Damen und Herren Abgeordneten der Oppositionsparteien im bayerischen Landtag